

an, oder es müßte so sein, daß die Unterschiede in religiösem Verhalten, die zwischen Katholiken bestehen, die katholische Mittelschulen besucht haben, und solchen, bei denen das nicht der Fall war, mit der Zeit verschwinden. Wenn dies der Fall ist, dann muß der Verfall des Erfolges religiöser Erziehung ziemlich rasch vor sich gehen, da ein Vergleich der jetzt Dreißigjährigen mit den jetzt Fünfzigjährigen unter dem Aspekt, ob eine katholische Mittelschule besucht wurde oder nicht, nur mehr sehr wenig Unterschiede ergeben hat.

Wie schon festgestellt wurde, verstärkt das religiöse Milieu der Familie die Wirkung der religiösen Erziehung, dies konnte aber bei den Jugendlichen nicht festgestellt werden. Das würde bedeuten, daß der Einfluß der Familie so geartet ist, daß er auf lange Sicht wirkt. Auf kurze Sicht sind auch die Kinder von weniger religiösen Familien von der katholischen Erziehung beeinflusst.

Die Erziehung in katholischen Schulen bewirkt auch nicht, daß sich die Absolventen weniger am öffentlichen Leben beteiligen und weniger sozialen Kontakt zu Nichtkatholiken pflegen. Zwar hat die Mehrheit festgestellt, daß ihre besten Freunde Katholiken sind, das gilt aber auch für diejenigen, die keine katholische Schule besucht haben.

Die Zusammenhänge zwischen dem Besuch katholischer Schulen und sozialem Aufstieg sind schwach, aber doch durchgängig. Die Katholiken erreichen ihren sozialen Aufstieg entweder durch Integration in die oder Trennung von der katholischen Subkultur. Bei den Jugendlichen zeigt sich eine ziemlich starke Verbindung zwischen religiöser Erziehung und Bildungsstreben. Die katholischen Schulen beschleunigen den sozialen Aufstieg, der über komplizierte Konstellationen von Freundschaftsbeziehungen unter den jungen Katholiken erfolgt.

Ob die katholischen Mittelschulen schulisch besser sind als die öffentlichen Mittelschulen, läßt sich nach der Untersuchung von Greeley schwer beurteilen. Die Jugendlichen in katholischen Mittelschulen machen mehr Hausaufgaben (besonders wenn ihre Freunde katholisch sind), ob sich dies aber deswegen so verhält, weil der schulische Drill sich stärker auswirkt oder der Lernwille der Schüler stärker ausgeprägt ist, konnte nicht festgestellt werden. Derzeit hat der größere schulische Eifer der Schüler an katholischen Mittelschulen keinen Einfluß auf die Tendenz, später auch ein College zu besuchen. Der soziale Aufstieg der Absolventen katholischer Schulen und der größere schulische Eifer der Mittelschüler hängt auch nicht damit zusammen, daß es sich etwa um Personen handeln würde, die aus sozial höheren Schichten kommen.

Die Erklärung für den höheren sozialen Aufstieg der

Absolventen katholischer Schulen liegt wahrscheinlich in folgenden drei Faktoren: 1. Katholische Schulen können sich wegen der großen Nachfrage die besseren Schüler aussuchen. 2. Die emotionale Ausgeglichenheit und Stabilität, die sich durch die Zugehörigkeit zu einem Freundeskreis der gleichen Konfession ergibt, erleichtert den sozialen Aufstieg. 3. Die Lehrer an katholischen Schulen haben die soziale und wirtschaftliche Anpassung der Katholiken beschleunigt, weil sie der Auffassung waren, daß dies der beste Weg sei, sich in die neue Gesellschaft einzufügen.

### *Abschließende Überlegungen*

Die Werte und Normen einer religiösen Gruppe können in einem bestimmten Ausmaß wirkungsvoll in einem religiös ausgerichteten Schulsystem unterrichtet werden. Absolventen solcher Schulen weisen einen höheren Standard an religiösen Einstellungen, Überzeugungen und Verhaltensweisen auf, als dies bei anderen Personen, die solche Schulen nicht besucht haben, der Fall ist.

Faktoren wie Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, Bildungsstand, Religiosität der Eltern, Dauer der Ausbildung in dem wertorientierten Erziehungssystem beeinflussen die Intensität des Einflusses der religiösen Erziehung auf das religiöse Verhalten. Die Erziehung in katholischen Schulen bewirkt keine Weltabgewandtheit in dem Sinne, daß sie geringeres Engagement im öffentlichen Leben, Abkehr von Nichtkatholiken im sozialen Verkehrskreis, intolerante Haltung gegen Menschen anderer religiöser Überzeugung und sozialen Abstieg bewirkt.

Die Frage, ob die katholischen Schulen das Ziel ihrer Tätigkeit erreicht haben, ob ihr Erfolg den Aufwand an Zeit und Geld rechtfertigt, ist schwieriger zu beantworten. Es ist augenscheinlich, daß die Kirche in den USA auch ohne katholisches Schulsystem überlebt hätte. Die katholischen Schulen tragen zwar zur Bildung religiöser Eliten bei, aber das Fehlen der katholischen Schulen führt nicht zu einem Rückgang der religiösen Praxis auf geringerer Intensitätsstufe. Der Durchschnittskatholik, der keine katholische Schule besucht hat, ist, gemessen an den meisten Standards religiöser Einstellung und religiösen Verhaltens, ein guter Katholik. Es wäre zu fragen, ob es vielleicht eine Alternative zum katholischen Schulwesen gäbe, welche dessen Ziele mit geringerem Aufwand erreichen könnte. Die Ergebnisse der Untersuchungen zeigen aber, daß die Religionsunterrichtsprogramme an öffentlichen Schulen (Confraternity of Christian Doctrine) einer wesentlichen Verbesserung bedürftigen, bevor man sie als Alternative ansehen könnte; eine Alternative aber auch nicht in dem ausschließlichen Sinn, daß sie das katholische Schulwesen zur Gänze ersetzen könnten.

## Fragen des gesellschaftlichen und politischen Lebens

### Verheißung und Praxis des Sowjetkommunismus

In diesem Jahr wird der 50. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution begangen. Aus diesem Anlaß hatte die Katholische Akademie in Bayern zu einer Tagung (10./11. Mai 1967) eingeladen, die das Verhältnis von marxistisch-leninistischer Zukunftsvision und sowjetischer

Wirklichkeit zum Thema hatte. Die einzelnen Beiträge waren zwar weitgehend historisch ausgerichtet und enthielten auch viel Bekanntes, jedoch stellten sie in Einzelpunkten wesentliche Korrekturen an den gängigen Vorstellungen dar, in denen sich bislang die sowjetische Sprachregelung geltend gemacht hatte. Die sechs Referate unter dem Leitgedanken „Verheißung und Praxis des Sowjetkommunismus. 50 Jahre Oktoberrevolution“ fan-

den das Interesse von über 400 Tagungsteilnehmern, darunter zahlreiche Fachleute für Ostfragen, Slawisten und Exilrussen.

### *Historische Grundlagen*

Manfred Hellmann, Professor für osteuropäische Geschichte in Münster, hatte die Aufgabe, die „Ursachen und Wirkungen der russischen Revolution“ darzulegen. Damit sollte eine Grundlage für die nachfolgenden Spezialthemen und die Diskussionen geboten werden, und tatsächlich erübrigten sich viele Rückfragen auf rein Faktisches. Die fast völlige Beschränkung des Referenten auf den ersten Teil des Themas war durch den Hinweis auf die nachfolgenden Referate nur teilweise gerechtfertigt, da diese sich auf ihre Spezialgebiete beschränken mußten. Von besonderem Interesse war das Bemühen Hellmanns, die kommunistische Ideologie gänzlich aus den vorbereitenden Faktoren für die revolutionären Ereignisse von 1917 auszuklammern. Er machte sich bewußt zum „advocatus diaboli“ einer unideologischen Betrachtung dieser russischen Geschichtsphase, um der Überbewertung der marxistisch-leninistischen Doktrin entgegenzuwirken, die nach der Meinung Prof. Hellmanns besonders in Deutschland zu registrieren sei. Wie auch später von Prof. Fetscher betont wurde, machten sich bei solchen Verzerrungen einer sachgerechten Optik die Einflüsse der Sowjetliteratur geltend.

Es seien vielmehr „die Tatsachen des täglichen Lebens“ gewesen, meinte Hellmann, die zum revolutionären Ausbruch geführt hätten. Gewiß spricht dafür auch die Tatsache, daß der weitverbreitete Analphabetismus bei der damaligen russischen Bevölkerung (um 1900 mit etwa 90% Landbevölkerung) eine Kenntnis des sozialistischen Gedankenguts in breiteren Schichten unmöglich machte. Hellmann hob dagegen hervor, daß die Ursachen der Revolution Probleme gewesen seien, mit denen sich das Rußland des ganzen 19. Jahrhunderts auseinandersetzen mußte. 1917 hätten sich diese Probleme nur verdichtet und so zur Krise geführt. Unter diese Faktoren zählte Hellmann insbesondere die Lage der Bauernschaft, die staatsfeindliche und von der Politik ferngehaltene Intelligentsia, die erste Industrialisierung und die zwar zahlenmäßig geringe, aber als Nährboden für staatsfeindliche sozialistische Ideen geeignete Industriearbeiterschaft (etwa 3 Millionen von 130 Millionen der Gesamtbevölkerung), schließlich die außenpolitischen Rückschläge des Zarenreiches und die zersetzende Tendenz der durch eine rücksichtslose Zentralisierungspolitik widerspenstig gemachten Nationalitäten des Riesenreiches.

### *Historische Kontinuität*

Als ein entscheidender Punkt der Ausführungen Prof. Hellmanns ist der Aufweis anzusehen, daß eine die russische Geschichte durchziehende „historische Konstante“ auch während der Oktoberrevolution und in der Folgezeit nicht zu leugnen sei. Beispielsweise bestehe der Konflikt zwischen Staat und Bauernschaft — die Bauern haben ihre Abhängigkeit nie abstreifen können, sie wurden vielmehr nur in neue, andersartige Abhängigkeitsverhältnisse gepreßt — auch heute noch. Das gelte auch für die russische Intelligenz, die nicht ohne weiteres zu einem Engagement mit dem System gebracht werden könne. Die Vorstellung von einem spezifischen „Sowjetmenschen“ betrachtet Hellmann als „reine Abstraktion“. Eine erhebliche Akzentverlagerung in den gängigen Vorstellungen von den Ereignissen des Jahres 1917 stellte die

Betonung gerade der Februarrevolution von 1917 dar, die Prof. Hellmann den Oktobertagen in ihrer Bedeutung überordnet. Angesichts der zu erwartenden Feierlichkeiten in der UdSSR ist dieser Hinweis zugunsten einer korrekten Geschichtsdeutung nicht unwesentlich. Die anschließende Diskussion spitzte sich auf die Frage zu, ob nun vorwiegend die von Hellmann geschilderten Vorbedingungen für die historische Wende von 1917 verantwortlich seien, oder ob die Revolution ohne die Persönlichkeit Lenins gänzlich undenkbar wäre. Hellmann vertrat die Auffassung, daß für das tatsächliche Resultat beide Elemente, die politischen, wirtschaftlichen, soziologischen Vorbedingungen und die politische Persönlichkeit, notwendig gewesen seien. An den geschichtsphilosophischen, empirisch aber nicht beweisbaren Konzeptionen, die in der Diskussion deutlich wurden, lief sich die Aussprache fest. Es bleibe eben offen, ob die historische Persönlichkeit für den Fortgang des Geschichtsverlaufs den Ausschlag gibt, oder ob im Sinne Plechanows die als entscheidend erscheinende Figur nur Ausfluß des determinierten Geschichtsverlaufes ist.

### *Verheißung und Praxis*

Die schon nach dem ersten Referat aufgeworfene Frage nach der Bedeutung Trotzki stellte schließlich einen der wesentlichsten Punkte in den sehr dichten Ausführungen von Prof. Iring Fetscher dar. Der Direktor des Instituts für politische Wissenschaft in Frankfurt sprach über „Lenins und Trotzki's Zukunftsvision und ihre revolutionäre Strategie im Jahre 1917“. Das Thema hatte also unter anderem die „Verheißung“ zum Inhalt; die „Praxis“ zu beleuchten war dann die Aufgabe der vier nachfolgenden Spezialreferate. Bezugnehmend auf Hellmann meinte Fetscher, zwar besitze die Ideologie für die Ereignisse bis 1917 eine mindere Rolle, man dürfe sie aber nicht für die folgenden fünfzig Jahre unterschätzen. Überhaupt war diese „Rolle der Ideologie“ einer der Punkte, in dem sich die sechs Referenten nicht nur um Nuancen unterschieden. Fetscher erklärte die Unterbewertung Trotzki's aus der Tendenz der Geschichtswissenschaft, die „Unvermeidlichkeit der Ereignisse zu überschätzen“ und die Gestalt des Besiegten zu vernachlässigen. Die Behauptung Fetschers, ohne Trotzki wäre „der Sieg nie erreicht worden“, stellt eine wesentliche Korrektur an den auch im Westen üblichen Vorstellungen von den Leistungen der Bolschewiki dar. Es steht aber zu erwarten, daß anlässlich der Oktober-Feiern der große Redner und Organisator der Roten Armee wieder im Hintergrund bleiben wird.

Das Referat von Prof. Fetscher erläuterte die unterschiedlichen Konzeptionen Lenins und Trotzki's in bezug auf die Strategie der Weltrevolution, auf die Rolle der Partei und auf das Wesen der Übergangsgesellschaft. Es wurde auch aufgezeigt, inwieweit beide über Marx hinausgingen, obwohl sie nur eine Präzisierung seiner Lehre beabsichtigten. Entscheidend war die Aussage Fetschers, daß sich Trotzki, ungeachtet der unterschiedlichen Beurteilung in vielen Einzelfragen, „in den entscheidenden Phasen überzeugt an Lenin angeschlossen“ hat. Während Lenin nur auf die geschulte Partei vertraute und dadurch seinen Machtinstinkt bewies, setzte Trotzki seine Hoffnung auf das internationale Proletariat. Beide aber betrachteten die Oktoberrevolution in Rußland als die Initialzündung für die Weltrevolution.

Die unterschiedlichen Konzeptionen der beiden Revolu-

tionäre zeigen sich auch in den Bildern, die sie von der zukünftigen Gesellschaft entwarfen. Fetscher verglich diese Visionen an Hand der beiden Werke Staat und Revolution von Lenin (1917) und Literatur und Revolution von Trotzki (1923). Beide aber, so wurde deutlich, verblieben bei einer „vorindustriellen Orientierung“, die erst durch Stalin überwunden wurde, da dieser die Notwendigkeit größerer Differenzierung der Gesellschaft und Spezialisierung im Produktionsprozeß erkannte. Der Parteiführung in Moskau stellt sich auch heute noch die Aufgabe, „anziehende und überzeugende Entwürfe des künftigen Gesellschaftszustands und des künftigen kommunistischen Menschen zu entwerfen“. Was aber in den Lehrbüchern der Partei angeboten wird, das betrachtet Fetscher als „nicht viel mehr als eine Mischung von asketischer Arbeitsmoral und science fiction“.

### *Die Sowjetwirtschaft*

Nach den grundlegenden Ausführungen der Professoren Hellmann und Fetscher kam ein erster Teilaspekt der Sowjetpraxis zur Sprache. Prof. Hans Raupach, Leiter des Osteuropainstituts in München, referierte über „Die Sowjetwirtschaft als sozialgeschichtliches Phänomen“. Dabei machte er die Diskrepanz deutlich, die zwischen der amtlichen Doktrin und der ökonomischen Realität besteht. Letztere sei weder mit den Marxschen Vorstellungen von der Gesetzmäßigkeit der Wirtschaft noch mit den kommunistischen Zukunftsvisionen in Einklang zu bringen. Deshalb empfahl Raupach Distanz von einer ideologischen Betrachtung der Sowjetwirtschaft. Ein Staat sei in der Wahl seines Wirtschaftssystems nicht frei, da dieses sich als Resultat vielfältiger Voraussetzungen zwangsläufig ergebe. Nicht ideologisch, sondern „instrumental“ müsse dieses Verhältnis angegangen werden.

Zugegeben wird die Tatsache, daß die Sowjets für ihre Völkerschaften einen spezifischen Fortschritt erreicht haben. Aber ungerechtfertigt sei die Behauptung der Partei, das höchststehende Wirtschaftssystem errichtet zu haben. Die Industrialisierung der UdSSR bezeichnete Raupach als eine „epochale Phase“ im Rahmen der Weltindustrialisierung, wodurch für die Entwicklungsländer der Anreiz entstehe, in der Sowjetunion in wirtschaftlicher Hinsicht ein modellartiges Vorbild zu erblicken. Ausgeschlossen sei jedoch die Möglichkeit, in einer bereits industrialisierten Gesellschaft sowjetische Wirtschaftsmethoden mit Erfolg anzuwenden.

In den Ausführungen Raupachs zu wirtschaftsgeschichtlichen Tatsachen Rußlands wurde deutlich, welche entscheidende Rolle Lenin und dann Stalin zukommt, die durch eine „Diktatur von oben“ einen ungeheuren Aufschwung erreicht haben. Es erweise sich aber auch der Abstand von der Doktrin, wenn von den obersten Machthabern der Begriff „Staatskapitalismus“ geprägt worden sei. Lenin, wenn auch allzu simplifiziert, erhoffte sich den Sozialismus aus dem Zusammenklang von „Sowjetmacht plus Elektrifizierung“. Seine „Diktatur der Wissenden“ sei eine manipulierte Lenkung des Wirtschaftslebens gewesen, Lenin habe damit selbst den Anspruch auf die offene Gesellschaft und die automatische Evolution, die die Ideologie verlangt, aufgegeben.

Ein weiterer Punkt, der die Inkongruenz der offiziellen Handbücher und der Alltagswirklichkeit deutlich macht, ist das Abrücken von den „idealistischen“ Thesen Lenins und Stalins über die Arbeitsmoral im Sozialismus. Insbesondere Chruschtschow habe die „materielle Interessiertheit“

in die für die Sowjetplanung relevanten Faktoren einbezogen. Mit Interesse wurden auch die Ausführungen über die sowjetische Landwirtschaft aufgenommen, die eines der größten Probleme der Gesamtwirtschaft darstellt, was nicht einmal mehr von der Partei selbst verschleiert werde. Auch auf diesem Sektor zeigten sich die Schwächen der Doktrin: so erbringen die regional verschiedenen Vorbedingungen der Landwirtschaft in der Differentialrente des Bodens praktisch für die Bewohner der bevorzugten Landstriche ein „arbeitsloses Einkommen“, was zwar eigentlich selbstverständlich ist, aber die unrealistischen doktrinären Voraussetzungen ad absurdum führt.

Raupach gesteht der Sowjetunion zu, Erhebliches geleistet zu haben in der Erschließung eines Riesenraumes. Der Planwirtschaft sei es aber nicht gelungen, selbst unter den günstigsten Bedingungen, den Fortschritt des Westens aufzuholen, und ein Vergleich mit den USA müsse stets negativ ausfallen. Allerdings fehle es den Menschen in der UdSSR an jeglicher Vergleichsmöglichkeit. Der Konsens der Bevölkerung stütze sich deshalb allein auf die Hoffnung, die künftige Entwicklung möge im Tempo der letzten fünfzig Jahre weitergehen.

### *Sowjetische Außenpolitik*

Der Ordinarius für politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin, Prof. Richard Löwenthal, behandelte anschließend einen ebenso entscheidenden Aspekt der fünfzigjährigen Geschichte der UdSSR: „Die sowjetische Außenpolitik im Wandel: Triebkräfte — Etappen — Ergebnisse“. Auch in diesem Referat wurde die ausschließliche ideologische Betrachtung des Sowjetsystems als einseitig und gefährlich bezeichnet. Schon Lenin habe bald erkannt, daß die revolutionäre Welle in Europa vorüber sei und deshalb für die Sowjetunion die Notwendigkeit bestehe, sich in der nichtkommunistischen Umwelt auf Selbstbehauptung einzustellen. Die Zerstörung der Illusion, die Weltrevolution werde durch die russischen Ereignisse ins Rollen gebracht, bedeutete aber nicht die Liquidierung der Idee der Weltrevolution. Darum forderte Löwenthal die Beobachtung der sowjetischen Außenpolitik unter zwei Kriterien: Wie für jeden anderen Staat existiert für die UdSSR die Problematik der klassischen Machtpolitik und Existenzsicherung. Zweitens aber beeinflusst die internationale kommunistische Bewegung die sowjetische Außenpolitik, das Bemühen, durch die KPs auf die Politik anderer Staaten Einfluß zu nehmen und jede Gelegenheit zum Weitertreiben der revolutionären Entwicklung zu ergreifen. Der auf die Ideologie beschränkten Betrachtung entziehe sich dagegen das Moment, das in der nicht berechenbaren Reaktion der anderen Staaten liegt und das eine Außenpolitik nicht festlegbar macht. Den Beweis für seine Behauptungen erbrachte Prof. Löwenthal an Hand der tatsächlichen Wandlungen in der sowjetischen Außenpolitik. So habe Stalin die Lage realistisch eingeschätzt, als er wider die Doktrin den „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ proklamierte, sobald er mit Revolutionen in anderen Ländern nicht mehr rechnen konnte. Sogar chauvinistische Elemente seien ins Spiel gebracht worden, sobald sie sich als nützlich erwiesen. Das kommunistische Programm mußte diese Wendung hinnehmen, die Sowjetunion wurde zum „Vaterland aller Werktätigen“ und zur „Führungsmacht im sozialistischen Lager“ erklärt. Trotzdem habe Stalin nie den Glauben an die Zukunftsaufgaben der weltrevolutionären Bewegung aufgegeben.

Löwenthal hält die Bemühungen Stalins nicht für eigentliche Weltpolitik, er habe sich auf weltweite Propaganda beschränkt. Während er sich im Osten gegen jedes Risiko für die Durchsetzung seiner Konzeption eingesetzt habe, sei er in den übrigen politischen Krisenherden nur sehr tastend vorgegangen. Erst seine Nachfolger hätten eine Weltpolitik im eigentlichen Sinne betrieben.

Löwenthal verfolgte die sowjetische Außenpolitik auch bis in die jüngste Vergangenheit weiter (in den übrigen Vorträgen fiel die Bezugnahme auf die neueren Ereignisse leider sehr kurz aus). In der Phase nach dem Zweiten Weltkrieg habe für die Sowjetunion die Chance bestanden, den Durchbruch zur Weltmacht zu vollziehen, und zwar ohne notwendige kriegerische Auseinandersetzungen. Während Lenin und Stalin noch an die „Unvermeidbarkeit imperialistischer Kriege“ geglaubt hatten, sei das Denken und Handeln Chruschtschows von der Möglichkeit friedlicher Koexistenz bestimmt gewesen. Er habe an weltrevolutionäre Kräfte unabhängig von der Sowjetunion geglaubt. Der Krieg erschien ihm nicht als der revolutionären Sache notwendig förderlich, wie das die Anschauung seiner Vorgänger gewesen ist. Das Neue daran ist nicht gewesen, meinte Löwenthal, daß Chruschtschow den Krieg habe vermeiden wollen (auch Stalin habe sich um die Vermeidung einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Hitler bemüht), vielmehr habe Chruschtschow an die Vermeidbarkeit geglaubt.

Löwenthal sieht die Regierungsjahre Chruschtschows als eine „Ära des Erlahmens“, denn dieser habe die „Revolution von oben“ und den „Klassenkampf im Innern der Sowjetunion“ für beendet erklärt. Er habe vielmehr die Entwicklung des Lebensstandards vorangetrieben, dadurch aber die Pflichten im Dienste der Weltrevolution erheblich heruntergeschraubt. Gleichzeitig mit diesem Erlahmen sei aber der Zerfall des Weltkommunismus zu verzeichnen. Der „Vormarsch nationaler Kommunismen“ hatte sich nicht bewährt; heute sei die Sowjetunion selbst über den Wert kommunistisch gelenkter Entwicklungsländer im Zweifel.

Ein politisches Fehlurteil ist es nach der Meinung des Referenten, wenn man sich als Folge der Abschwächung der „ideologischen Triebkraft“ das Verschwinden der machtpolitischen Konflikte verspricht. Die machtpolitische Komponente des internationalen Getriebes bleibe bestehen, auch wenn sie sich an die veränderten Umstände anpasse. Deshalb warnte Löwenthal eindringlich vor einer Verminderung des Engagements der Vereinigten Staaten in Europa. Die Sowjetunion würde das kontinentale Westeuropa dann in eine Position versetzen, die heute Finnland zukomme. Zwar sei die „Finnlandisierung“ dann nicht mehr als kommunistische Revolution zu verstehen, eine folgenschwere Umformung des Kräfteverhältnisses bleibe aber trotzdem Tatsache.

#### *Sowjetisches Führungssystem*

Eine gewisse Aufwertung erfuhr der Ideologie-Faktor im Referat zur innenpolitischen Entwicklung in der UdSSR. Karl-Heinz Ruffmann, Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg, sprach über „Das politische Führungssystem im Sowjetkommunismus“. Während das politische Denken in Deutschland bedauerlicherweise noch vorwiegend vom Primat der Außenpolitik bestimmt sei, gehöre in der Sowjetunion theoretisch und praktisch der Vorrang der Innenpolitik,

dem Führungssystem. Versuche einer „konstruktiven Ostpolitik“ und das Bemühen um die angemessene Einschätzung der sowjetischen Gesamtpolitik dürften dieses Faktum nicht vernachlässigen. Gewiß gibt es Wesensmerkmale, die das System kennzeichnen und den Unterschied zu den freiheitlichen Staatsformen deutlich machen. So liegt seit 1917, mit Ausnahme der Stalinherrschaft, die Macht in der Hand der Partei, und die in den konstitutionellen Systemen angelegten Chancen für einen Machtwechsel bleiben ausgeschlossen. Angesichts dieser Rolle der Partei ist eine Unabhängigkeit der Gerichte illusorisch. Während der Gegensatz zwischen Individuum und Staat noch denkbar ist, bleibt er systemgemäß als Gegensatz zwischen Partei und Individuum ausgeschlossen, da sich die Partei als „Vorhut des Volkes“ mit dem Nutzen der einzelnen für identisch erklärt. Damit sei natürlich auch die Pluralität unabhängiger Institutionen unmöglich gemacht, selbst dort, wo es sich um belanglose Freizeitbeschäftigung handeln könnte. Das Spannungsverhältnis zwischen Verbreiterung des Freiheitsraumes und der Einschränkung der Staatsallmacht werde zwar bestehenbleiben, Chancen für die Abschaffung des Herrschaftssystems seien jedoch utopisch.

Wenn sich auch diese Unterscheidungskriterien aufweisen ließen, so warnte Ruffmann doch davor, das Sowjetsystem nur nach den Maßstäben westlicher Vorstellungen zu bewerten und so verstehen zu wollen. Reines Antithetik-Denken sei unzureichend. Überhaupt sei ein mögliches „Aufknacken“ des Systems nur immanent denkbar, indem man es als eine Ausprägungsform des europäischen Denkens anhehe.

Ruffmann legte die Entwicklung und die Lehre der Partei dar, die von Lenin theoretisch und praktisch begründet wurde. Im Gegensatz etwa zu Trotzki und Rosa Luxemburg, die die Stalinsche Diktatur vorausahnten und die Aufhebung des Freiheitsraumes befürchteten, erkannte Lenin die Notwendigkeit der elitären Partei für die Durchsetzung seines Zieles. Lenin sei es um die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft gegangen und um die Schaffung eines neuen Menschen. Anders dagegen Stalin. In „total amoralischer Brutalität“ habe er die Macht um ihrer selbst willen erstrebt. Während bei Lenin idealistische Züge wirksam gewesen seien und er die „Verapparatur und Bürokratisierung“ verhindern wollte, sei bei Stalin der „Revolutionär zum Funktionär“ geworden. Unter Stalin sei die Rolle der Partei in einem Maße geschwächt gewesen, wie es nach der Meinung Ruffmanns nie mehr möglich sein wird. Stalin konnte die Partei ignorieren, seine Nachfolger aber müßten durch die Partei und mit der Partei regieren.

#### *Nachfolge Stalins*

Welche Wende Stalins Tod darstellte, wurde an der Reaktion von Ilja Ehrenburg deutlich gemacht. Daß die Stalin-Ära, die Ruffmann als „die unbewältigte Vergangenheit der Sowjetunion“ bezeichnete, an ein Ende kommen könne, war für den russischen Dichter eine kaum faßbare Überraschung. Denn man hatte vergessen, daß dieser „geheimnisvolle Gott“ auch ein Mensch war. Über diese Epoche, in der das Leninsche Prinzip entartet war, schrieb Ehrenburg: „Wir Sowjetmenschen konnten unter Stalin nicht mit dem Gewissen ins reine kommen.“ Nach dem Tod des Diktators zersplitterte sich die von der SSD-Bedrohung zusammengehaltene Machtgruppe, und die Rivalitäten im Kampf um die Nachfolge setzten

ein. Nach 1953 wurde die Stellung der Partei im Sinne der Ideologie erneut gefestigt, so daß man von einer „leninistischen Renaissance“ sprechen konnte. Das einsetzende „Tauwetter“ dagegen mußte bald wieder abklingen, weil es nach Meinung Ruffmanns das System naturnotwendig in Frage gestellt hätte.

So ist heute die Partei im Sinne Lenins „hochzentralisiert“ und fest in der Kontrolle des Moskauer Sekretariats. Nach Stalins Tod hat die Partei ihre Stellung zurückerobert und wacht jetzt über ihr Machtmonopol und versucht, alle Einrichtungen des Staates mit ihren Mitgliedern zu durchsetzen. Der Parteivorsitzende hat nicht mehr die Rolle des Diktators. Aber die Partei zeige auch neue Züge. Das Programm von 1961 gehe über Lenin und Stalin hinaus, wenn es nicht mehr von der „Diktatur des Proletariats“ rede, sondern vom „Sowjetstaat des ganzen Volkes“. Die Partei betrachte sich nicht mehr als die Vertreterin allein des Proletariats, vielmehr finden auch Begriffe wie „Volk“, „Heimat“, „Nation“ und „Vaterland“ offizielle Aufnahme in das zulässige Vokabular, obwohl diese unter Lenin als Klassenbegriffe gebrandmarkt waren.

Die der Partei nun zukommende Verwaltungsaufgabe — eine für Lenin unvorstellbare Versachlichung — macht sie aber für die nach der Ideologie erforderlichen Aufgabe als die führende und lenkende Kraft unfähig. Chruschtschow habe zwar die „atavistischen Herrschaftsmethoden Stalins“ abgelehnt, aber nicht durch neue ersetzt. Diese Konzeptlosigkeit habe seine Absetzung verursacht. Ruffmann wies die Vorstellung zurück, die Abschaffung stalinistischer Methoden habe eine Änderung des Rechtsdenkens zur Grundlage. Darin sei einzig und allein die Erkenntnis zu sehen, daß eine Industriegesellschaft mit den Methoden des Diktators nicht erfolgreich regiert werden könne. Der Spielraum für eine kleine Oberschicht sei etwas größer geworden. Einzelne Erleichterungen gingen aber Hand in Hand mit neuen administrativen Zwangsmaßnahmen. Deshalb könne keine Rede sein von einer „Liberalisierung“ des sowjetischen Systems, es handele sich vielmehr um eine „Modernisierung“, eine Anpassung an gewandelte Voraussetzungen, nicht aber um einen Gesinnungswandel. Auf die Anwendbarkeit dieser Deutung auf andere Ostblockstaaten befragt, warnte Ruffmann davor, aus einem vereinfachenden Ostblock-Schematismus heraus Schlüsse ziehen zu wollen auf die Vorgänge in den Satellitenstaaten. Derartige Parallelen seien unzulässig, da jeder dieser Staaten von Vorbedingungen ausgehen müsse, die nicht mit den sowjetischen Verhältnissen vergleichbar seien und die deshalb auch zu anderen Ergebnissen führten.

#### *Gesellschaftliche Leitbilder und Literatur*

Selbst literarische Themen aus dem Sowjetbereich können nicht unpolitisch behandelt werden. Das zeigte sich in dem Vortrag von Prof. Dr. Jurij Striedter, dem Slawisten der Universität Konstanz, über „Grundzüge der Entwicklung des Sowjetromans bis zum ‚Tauwetter‘“. Denn die politisch-gesellschaftlichen Leitbilder des Systems finden ihre Widerspiegelung in der gleichzeitigen Literatur und insofern müssen die jeweiligen politischen Hintergründe auch in der Literaturbetrachtung berücksichtigt werden.

Als Ansatzpunkt diene dem Referenten Maxim Gorki, der als Bindeglied zwischen der vorrevolutionären Romantradition Rußlands und dem erzählerischen Schaffen

nach 1917 betrachtet werden kann. Obwohl sein Roman „Die Mutter“ in der kommunistischen Literaturgeschichtsschreibung eine hervorragende Rolle einnimmt, kann man aber dieses Werk nicht als Vorläufer oder als Vorbild des eigentlichen Sowjetromans betrachten. Gorkis Romane bleiben in der Tradition, das Geschehen wird von einem Romanhelden beherrscht. Entscheidend für die kommunistische Sache ist daran nur die darin zum Ausdruck kommende Kritik an der zerfallenden Gesellschaft. Der eigentliche Sowjetroman beginne jedoch erst dort, wo die Masse die Rolle des Helden übernimmt, bezeichnend für die Frühphase ist beispielsweise „Der eiserne Strom“ von Serafimowitsch. Dieser Romangattung komme die Aufgabe zu, das durch die Revolution erreichte „Neue“ anschaulich zu machen. Durch die Herausstellung der dynamischen Masse, der Trägerin der Revolution, kann der „neue Mensch“ jedoch noch nicht in differenzierter Form in Erscheinung treten.

Die folgende Phase kennzeichnet sich durch die Vereinigung der Wesenselemente in den von Gorki und Serafimowitsch gekennzeichneten Romanen, nämlich der Synthese von Held und Masse. Dabei wird sowohl der Held vielfach ironisiert oder zum negativen Helden gemacht, die Masse dagegen erfährt eine Differenzierung. Diese Linie setzt sich fort in der Einführung von weiteren Kollektiven, die sich gegenüberstehen, aber von denen die Initiative ausgeht, während der Held sich mit der Rolle eines Saboteurs, Spions oder sonstigen Außenseiters begnügen muß. In diesen Werken schlagen sich naturgemäß die jeweils gängigen politischen Konzeptionen nieder, etwa der „Internationalismus“ der kommunistischen Bewegung oder das Heldentum im „Großen Vaterländischen Krieg“ gegen Hitler. Die Auftragskunst aus der Frühzeit, die sich dem Industrieroman verschrieben hatte, muß sich entsprechend der politischen Situation auf die Schilderung der Kriegereignisse umstellen. Die Themen und Lösungen sind dabei vorgeschrieben.

#### *Tendenzroman und literarische Qualität*

Prof. Striedter nahm diese Thematik zum Anlaß, auf das Verhältnis von politisch engagierter Literatur und künstlerischer Qualität einzugehen. Selbst unter der Regierung Stalins habe es echte literarische Leistungen gegeben, die nicht nur von den Sowjets als repräsentativ angesehen werden könnten. In der Fortsetzung des Revolutions-themas (Scholochow), im neuentstandenen historischen Roman (Alexei Tolstoi) oder in den historisch-biographischen Romanen (Makarenko) seien die literarischen Qualitäten nicht zu verkennen, selbst wo sie die Produktionssteigerung oder die Erziehung des Funktionärs zum Thema haben. Die literarische Qualität eines Werkes machte Striedter primär von den Fähigkeiten eines Autors abhängig, der auch dann ein künstlerisches Werk schaffen könne, wenn er aus Überzeugung Tendenzliteratur schreibe. Jedoch, und das ist entscheidend, sah Striedter dann einen Höhepunkt in der sowjetrussischen Literatur, wenn zeitweise die politische Situation von einem aufgezwungenen politisch-gesellschaftlichen Leitbild befreit ist, etwa nach dem Tode Lenins, nach dem Tode Stalins, während des „Tauwetters“. Dann, wenn die Partei in einer Krise ist, könne sich die Literatur des erforderlichen Spielraumes erfreuen, dann werde auch Erhebliches geleistet (beispielsweise die beiden letzten Bände von Scholochows Stille Don).

Die „Ingenieure der Seele“, wie Stalin die Schriftsteller

nannte, waren in der Revolutionszeit nötig, um die Verbreitung des neuen Gedankenguts zu gewährleisten. Aber heute, so führte der Referent aus, seien diese Schriftsteller für diese Aufgabe noch wichtiger, wenn der Staat die Gesellschaft in ihrer Differenziertheit überhaupt erreichen wolle. Der Schriftsteller als Vermittler des ideologischen Gedankengutes muß aber in Konflikte geraten, wenn er der Partei seine Fähigkeiten nicht spontan zur Verfügung stellen kann. Denn der eigentliche Bereich der Literatur liegt dort, wo freier Spielraum geboten wird, um den menschlichen und gesellschaftlichen Belangen nachzugehen.

Die Münchener Tagung konnte bei der umfassenden Themenstellung nur einige ausgewählte Aspekte behandeln. Vieles mußte unberücksichtigt bleiben, worauf Veranstalter und Referenten mehrfach hinwiesen. Vermißt wurde beispielsweise die direktere Bezugnahme auf die Sowjetunion der unmittelbaren Gegenwart. Auch die religiöse Situation blieb unerwähnt. Nicht ganz erklärlich bleibt jedoch, daß weder in den Vorträgen noch in den Aussprachen jemals die Frage angeschnitten wurde, welche Bedeutung das religiöse Vakuum der Sowjetideologie für die Zukunft des Systems haben wird.

## Aktuelle Zeitschriftenschau

### Theologie

BLANK, Josef. *Zum Problem „Ethischer Normen“ im Neuen Testament*. In: Concilium 3. Jhg. Heft 5 (Mai 1967) S. 356 bis 362.

Dem Verfasser geht es um die Frage, wie „neutestamentliche Ethik“ in heutige Moraltheologie einzubringen sei. Der Begriff „Norm“ treffe auf die biblischen Forderungen nicht zu, da er dem setzenden Denken des Menschen zugehöre, sofern er seinen an der ratio divina orientierten Sinnbezügen Ausdruck verleihe. Der ethische Anspruch des NT könne nicht als normative Moralvorschrift, losgelöst von ihrem glaubensmäßigen Hintergrund verstanden werden. „Die neutestamentliche Ethik ist . . . letztlich nicht systematisierbar.“ Die ethischen Weisungen des NT, die in ihrer konkreten Formulierung bestimmte soziologisch und zeitgeschichtlich bedingte Situationen zum Anlaß haben oder aus ihrer literarischen Gattung (etwa der „Bildworte“ in der Bergpredigt) zu verstehen sind, können als „ethische Modelle“ im Sinne typischer Verhaltensweisen christlichen Handelns bezeichnet werden.

FEIFEL, Erich. *Das neue Verständnis der Kirche vom „ungläubigen“ Menschen und die katechetische Bewältigung dieser Frage*. In: Katechetische Blätter Jhg. 92 Heft 3 (März 1967) S. 160—183.

Die bahnbrechende Untersuchung zielt auf den sog. „Unglauben der Gläubigen“ und stellt zunächst die katechetisch bedeutsamen Leitlinien des neuen Verständnisses der Kirche vom heutigen Menschen in der Pastoralkonstitution „Kirche und Welt“ dar, deren anthropologische Tendenzen fast überinterpretiert werden, um zur Rücksicht auf den „anonymen Christen“ zu gelangen, dem die Kirche grundsätzlich nichts Neues bringen kann, was ihm nicht schon die Gnade eingibt. Von der Theorie der strukturellen Nähe zwischen dem modernen und dem biblischen Denken her wird eine völlig neue Katechese angesichts der „anthropologischen Wende“ in der Kirche vorgeschlagen, natürlich in der Behandlung der Erbsündenlehre, in der Abkehr vom Weltverständnis des späten Griechentums und von der Sprache der Dogmatik, die für Kinder nicht angemessen ist. Das grundlegende hermeneutische Prinzip der biblischen Eschatologie müsse mehr Beachtung finden. Außer diesen sehr hochgesteckten Ideen werden auch Beispiele genannt, z. B. die Arbeiten von Albert Höfer. Ziel der Überlegungen und ihrer Konkretisierung soll sein, daß die Katechese ihre innere Sicherheit gegenüber dem in seiner unerlösten Profanität sich so überlegen gebärdenden Unglauben zurückfindet.

FRIES, Heinrich. *Theological Reflexions on the problem of Pluralism*. In: Theological Studies Vol. 28 Nr. 1 (März 1967) S. 3—26.

Nicht von einem Pluralismus innerhalb der Kirche ist anfangs die Rede, sondern von der Befreiung der Kirche durch den Pluralismus in der Welt, der Auflösung eines Corpus christianum und seiner Fortsetzung im Landeskirchentum der Gegenreformation im Unterschied zur Geschichte der Kirche in den USA. Fries bejaht diese Wende zur Wirklichkeit. Der Pluralismus innerhalb der Welt stelle die wahre Situation der Kirche klar. Obwohl die Kirche in der Welt lebt und die Welt braucht, ist sie doch von ihr wesentlich verschieden. Damit bejaht Fries auch die „Entsäkularisierung“ der Kirche durch die Säkularisierung der Welt und warnt die Theologie davor, nur eine Theologie der Enzykliken oder des Denzinger zu bleiben. Sie müsse dialogisch werden. Der Glaube werde nur glaubhaft durch Liebe. Er schließt aber mit der Mahnung von Visser 't Hooft, der Pluralismus in der Welt sei so stark, daß ihm nur ein gemeinsames Glaubenszeugnis der Kirchen begegnen könne. Dennoch ist nach Ansicht von Fries die Stunde gekommen, um die Einheit der Kirche stark zu machen durch die Entfaltung eines legitimen Pluralismus ihrer vielen Ämter, Charismen und Initiativen.

HEUSCHEN, Louis. *L'église locale, communauté de prière*. In: Paroisse et Liturgie Heft 4 (1967) S. 338—345.

Die Messfeier hat, besonders durch die Zunahme der Abendmesse, andere religiöse Feiern großenteils verdrängt, die dem Christen die notwendige Kraft des Glaubens vor Augen stellen könnten. Die bisherigen Formen der Andachten ließen dies weitgehend vermissen und stellten für den Priester oft eine bequeme Lösung dar. Eine Überbetonung der Messe, besonders der Sonntagsmesse, bringt somit eigentlich gerade wieder die Gefahr der Verfälschung und äußerlicher Pflichtmäßigkeit mit sich. Der Verfasser schlägt

als Form des „Gemeindegebetes“ vor, den Gläubigen die Teilnahme am Gebet des Priesters zu ermöglichen. Dazu müsse es in seiner Form ganz Ausdruck heutigen Glaubens darstellen und der Erhellung des Glaubens im Alltag dienen. Zu diesem täglichen Gebet, dessen Aufbau sich der Verfasser als abgewandelte, vereinfachte Form des Stundengebets vorstellt, könne der Priester die Gemeinde einladen.

KASPER, Walter. *Geschichtlichkeit der Dogmen?* In: Stimmen der Zeit Jhg. 92 Nr. 6 (Juni 1967) S. 401—416.

Kasper behandelt im ersten Teil das Problem der Geschichtlichkeit im allgemeinen und kommt zu der Feststellung, daß der Mensch nicht nur eine Geschichte hat, sondern von der Geschichte durchdrungen wird, derart, daß nichts in ihm geschichtsfrei und -überlegen ist. Im zweiten Teil zeigt der Verfasser, daß auch die Dogmen je und je über sich hinausweisen, weil ja der menschengewordene Sohn Gottes die ganze Menschlichkeit übernimmt. Im dritten Teil setzt der Verfasser sich auseinander mit der reformatorischen These von der Diskontinuität der Dogmenentwicklung.

McNALLY, Robert E. *Holy Scripture and Catholic Reform*. In: Thought Vol. 42 Nr. 164 (Spring 1967) S. 5—22.

Die Quartalschrift der Fordham University bringt einen Beitrag zu den geschichtlichen Wandlungen im Bibelverständnis in der Christenheit und in der katholischen Kirche. Der Verfasser ist Fachmann für Theologiegeschichte und Kenner der mittelalterlichen Literatur. Er zeigt auf, welche Auswirkungen die unterschiedliche Bewertung der Schrift in der patristischen Zeit, im Mittelalter und in der nachtridentinischen Epoche zeitig, welchen Einfluß auf das Bibelverständnis die Autorität der Kirchenväter als Maßstab für die Auslegung der Schrift, die sprachliche Gestalt der Texte und die geringe Schriftlichkeit früherer Kulturstufen genommen haben. McNally hebt hervor, daß die Konstitution *Sacrosanctum Concilium* einen wesentlichen Markstein in der Entwicklung des Bibel- und Liturgieverständnisses bedeutet. „Hier lehrt zum ersten Mal in der Geschichte der Kirche ein ökumenisches Konzil, daß die Heilige Schrift, selbst in muttersprachlicher Version, ein Buch für alle sein soll, ohne Restriktionen . . .“ Die Bibel sei jetzt endgültig ihres esoterischen Charakters entkleidet.

NEUMANN, Johannes. *Die Bischofssynode*. In: Tübinger Theologische Quartalschrift Jhg. 147 Heft 1 (1967) S. 1—27.

Der schon mit seinen „Erwägungen zur Revision des Kirchlichen Gesetzbuches“ (TThQ Heft 3, 1966; vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 582) durch Klarheit und Schärfe der Beobachtung aufgefallene Autor gibt hier eine sorgfältige Analyse des Bischofsrates, seiner Vorgeschichte und des Motu proprio *Apostolica sollicitudo* vom 15. 9. 65, das, in vorkonziliarer Sprache abgefaßt, den Begriff des Bischofskollegiums vermeidet. Demnach sei die Bischofssynode als ein primatialer Akt kein Organ des Bischofskollegiums und keine wirklich ständige Synode, weder ein Ersatz für das Kardinalskollegium noch eine „höchste Instanz“ gegenüber der Kurie, ihr auch in keiner Weise übergeordnet. Neumann bestreitet nicht die Möglichkeit, daß sie u. U. sich zu etwas mehr als einem beratenden Gremium entwickeln kann, vorerst hilft seine Analyse dazu, den bevorstehenden Zusammentritt der Bischofssynode nicht zu überschätzen.

PESCH, Rudolf. *Exegese als Wissenschaft. Über ihre Aufgabe und ihre Grenze*. In: Stimmen der Zeit Jhg. 92 Heft 6 (Juni 1967). S. 433—445.

Unter der wegweisenden Leitung der Enzyklika *Divino afflante Spiritu* hat sich die historisch-kritische Methode auch in der katholischen Exegese durchgesetzt. Gemäß „Dei Verbum“ muß der Exeget „um zu erfassen, was Gott uns mitteilen wollte, sorgfältig erforschen, was die heiligen Schriftsteller wirklich zu sagen beabsichtigten und was Gott in ihren Worten kundtun wollte“. Dazu gehören zunächst Textgeschichte und Textkritik. Ihr Ziel ist ein einwandfreier Text. In ihr erweist sich aber auch die Bibel als geschichtlich. Ihre Sprache ist die Sprache ganz bestimmter Verfasser. Zu den historischen Voraussetzungen gehören aber auch die theologische Begrifflichkeit und vor allem die ganze Umwelt der Autoren, die den Hintergrund ihres Sprechens bildet. Hier kommt die gesamte Zeitgeschichte in Betracht. Ein Beispiel: Wenn Röm. 13 den Staat anspricht, ist zu fragen, ob hier die Weisheitstradition redet oder ob Paulus ganz konkret den römischen Staat am Ende der fünfziger Jahre anspricht, so daß die Aussage nicht ohne weiteres auf den modernen demokratischen Staat übertragen werden kann. Ganz besonders ist jeweils der religiöse Hintergrund zu beachten. Diese Frage mündet in die wichtigste: nach Verfasser und Entstehungszeit der einzelnen Schriften.